

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



Juni 2007

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem Rundbrief erhaltet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Bürgerentscheid zu Bebauungsplänen doch zulässig
2. Klimaschutz und Bauleitplanung
3. Berichte aus dem Landtag

Mit freundlichen Grüßen

1. Bürgerentscheid über Bauleitplanung doch zulässig!

Auslegung des § 21 Abs. 2 Ziff. 6 durch das Innenministerium

Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg stellt in knappen Worten unmissverständlich klar: „*ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften.*“

Wer nun gemeint hat, dass es unzulässig sei, die Bürgerinnen und Bürger zu fragen, ob ein Bebauungsplan aufgestellt wird, ob das Verfahren gestoppt wird oder ob ein bestehender Bebauungsplan aufgehoben wird, hat den § 21 nach Ansicht des Innenministeriums überinterpretiert. Diese Information hat mich ebenso sehr gewundert wie erfreut, denn ich gehörte auch zu denen, die Fragen zu Bebauungsplänen durch den Gesetzestext für ausgegrenzt hielten. Nun lasse ich mich nur zu gern vom Innenministerium eines Besseren belehren:

„Die Bürgerschaft kann wie schon bisher entscheiden, ob eine Bauleitplanung erfolgen soll. Sie kann durch Bürgerentscheid dem Gemeinderat einen Auftrag erteilen, ein Verfahren der Bauleitplanung durchzuführen. Gleiches gilt umgekehrt auch für negative Entscheidungen (Planungsverzicht, Planungsstopp, Aufhebung von Bebauungsplänen). Diese Entscheidungen sind bürgerentscheidsfähig, da keine Abwägung im Sinne des förmlichen Verfahrens erforderlich sind.“

Diese Sätze stehen in einer Antwort des Innenministeriums an die Gemeinde Wurzach, die von dieser ins Internet gestellt wurde und die dort nach wie vor nachzulesen ist:

<http://www.derwurzacher.de/rubriken/kommunales/include.php?path=content/articles.php&contentid=755&PHPKITSID=d90cfc0c692f2a3dfe95fd5d70a241>

Der Text kann auch als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden.

2. Klimaschutz und Bauleitplanung

Zu den am häufigsten gestellten Fragen der vergangenen Wochen gehören diejenigen zu den Festsetzungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung, die den Klimaschutz betreffen. Was darf eine Kommune bindend vorschreiben und was muss sie den Bauwilligen selbst überlassen.

Dazu gibt es umfangreiches Material auf der GAR-Internetseite und die entsprechenden Broschüren und Anträge können auch im GAR-Büro bestellt werden <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384>

3. Berichte aus dem Landtag:

zu den Themen Vergaberecht, Klimaschutz, Wärmerückgewinnung aus kommunalen Abwasserkanälen, Verwaltungsreform, Konnexitätsprinzip, Bauleitplanung und Flächenverbrauch, begleitetes Fahren mit 17, Car-sharing, Zugstreichungen, neues kommunales Haushaltsrecht, Flatrate-Trinken, EU-Förderprogramme und Beteiligungsverfahren, die selbständige Schule in kommunaler Verantwortung

1. Vergaberecht:

Keine höheren Wertgrenzen durch den Landtag festgelegt.

Der Landtag hat am 24. Mai einmal wieder darüber diskutiert, ob zur Förderung der lokalen Wirtschaft Wertgrenzen bei Vergaben festgesetzt werden sollen, die oberhalb dessen liegt, was die Gemeindeprüfung bisher als angemessen ansieht. Die SPD hat einen entsprechenden Antrag eingereicht, den der Landtag mehrheitlich und auch die Grüne Landtagsfraktion abgelehnt haben.

Auf der GAR-Internetseite sind die Argumente von Edith Sitzmann, MdL, der Antrag der SPD, und die Position der Landesregierung eingestellt. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=2308>

2. Masterplan Klimaschutz 2020 – bei der Landesregierung gibt es den nicht

Der im GAR-Rundbrief schon angekündigte grüne Fraktionsantrag 'Masterplan Klimaschutz 2020 – Baden-Württemberg setzt neue Maßstäbe' ist beantwortet - mit enttäuschendem Ergebnis.

Während national und international die neuen Forschungsergebnisse und Empfehlungen des Weltklimarats IPCC breit diskutiert werden und, wie bei der EU, dazu geführt haben, dass die CO₂-Einsparziele angehoben wurden, beharrt und verharrt die Landesregierung auf ihrem 'Klimaschutzkonzept 2010'. Dessen Ziel, die CO₂-Emissionen Baden-Württembergs von 74 Mio. t im Referenzjahr 1990 auf 65 Mio. t 2010 zu reduzieren, reicht für einen angemessenen Beitrag einer der reichsten Industrieregionen der Welt zum Klimaschutz bei weitem nicht aus - und droht dennoch verfehlt zu werden, falls die Landesregierung ihre Politik - wie die Blockade der Windkraft - nicht ändert.

Wir hingegen zeigen in unserem Antrag auf, wie mit einem umfassenden Maßnahmenprogramm auf dem Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor die CO₂-

Emissionen um mindestens 40% gegenüber dem Referenzjahr 1990 reduziert werden können, und das bei Fortsetzung des Atomausstiegs. Die Landtagsdrucksache steht auf der GAR-Internetseite unter Klimaschutz im Land, Masterplan 2020

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

(Franz Untersteller, MdL)

3. Wärmerückgewinnung aus kommunalen Abwasserkanälen

Ziel des Antrages von Franz Untersteller zur Wärmerückgewinnung aus Abwasserkanälen ist es, auf dieses bislang in Baden-Württemberg ungenutzte Potenzial bei der Wärmenutzung aufmerksam zu machen. Berechnungen von Schweizer Experten gehen davon aus, dass die aus häuslichem und gewerblichem Abwasser stammende, ungenutzte Abwärme theoretisch ausreichen würde, um jedes zehnte Gebäude mit der erforderlichen Wärme zu versorgen. In der Antwort der Landesregierung ist erkennbar, dass sie zwar Chancen in der Wärmerückgewinnung von Abwässern sieht, allerdings fehlt bisher die Bereitschaft selbst Mittel zur Verfügung zu stellen, um Projekte zu unterstützen und realisieren.

Weitere Informationen unter www.franz-untersteller.de oder im Büro von Franz Untersteller, MdL; Tel: 0711/2063-689, E-Mail: franz-untersteller@gruene.landtag-bw.de

4. Neues von der Evaluation der Verwaltungsreform

Danke schön! Zunächst ein herzlicher Dank an alle grünen Stadt- und Landkreis-Fraktionen, die uns die Berichte ihrer Verwaltungen und/oder ihre Stellungnahmen zur Verwaltungsreform bereits zugesandt haben. Und die Bitte an alle anderen, uns möglichst ihre Unterlagen bis Ende Juni noch zu senden. Wir werten in der GAR in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion die Berichte aus und werden dann nach der Sommerpause eine Analyse zur Bewertung der Reform in den Stadt- und Landkreisen veröffentlichen.

Öffentliche Anhörung zur Verwaltungsreform „Eine ehrliche Evaluation“ am 12. Juli 2007 im Landtag

Die Fraktionen von SPD und Grünen veranstalten am 12.7.2007 unter dem Titel "**Eine ehrliche Evaluation**" eine gemeinsame öffentliche Anhörung zur Verwaltungsreform. Alle wesentlichen Bereiche der Verwaltungsreform kommen zur Sprache: Von 10-13.30 Uhr im Plenarsaal des Landtags. Anmeldungen sind möglich bei der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Haigis, Tel. 0711/2063-14779; Mail:

Angelika.Haigis@spd.landtag-bw.de

Das genaue Programm hängt der elektronischen Fassung dieses Rundbriefs an und kann bei der GAR (gar@gar-bw.de) oder bei der grünen Landtagsfraktion (post@gruene.landtag-bw.de) angefordert werden.

Landesregierung geht bei Forst neuen Weg

Antwort auf Grünen-Antrag macht deutlich: Landwirtschaftsministerium betreibt Kurswechsel in der Forstwirtschaft - Haug räumt indirekt Scheitern der Verwaltungsreform ein.

Im krassen Gegensatz zum allgemeinen Überprüfungsverfahren bei der Verwaltungsreform geht die Landesregierung in der Forstwirtschaft einen Sonderweg. Auf einen Antrag der grünen Landtagsfraktion bestätigte das Landwirtschaftsministerium jetzt, dass zwei externe Gutachten vergeben wurden. Für die Überprüfung aller anderen Bereiche hatte die Regierung in den letzten Wochen eine externe Evaluation mehrfach strikt abgelehnt. Unter anderem soll die "Österreichische Bundesforste AG" untersuchen, ob aus der Bewirtschaftung des Staatsforstes künftig mehr Geld herausgeholt werden kann. Der Landwirtschaftsminister bescheinigt den Kommunen und Kreisen damit indirekt unzureichendes Wirtschaften und gibt der Verwaltungsreform beim Forst schlechte Noten. Jede Antwort vermeidet das Ministerium übrigens auf die Frage der Grünen, ob man den Stadt- und Landkreisen gerade erst übertragene Zuständigkeiten im Forst wieder entziehen will und ob eine Privatisierung der Bewirtschaftung und der Landesforstverwaltung geplant ist. Ausdrücklich bekräftigt

das Ministerium seine Absicht, die Fragen "ergebnisoffen" zu prüfen und die Betriebs- und Rechtsform ggwf. neu zu entscheiden. Das verstärkt die Unruhe in den Stadt- und Landkreisen über den Kurs des Landwirtschaftsministers. Man muss also kein Prophet sein um vorauszusagen, dass das Hauk'sche Vorgehen ihm und dem Wald noch stürmische Wochen bescheren wird. (Uli Sckerl, MdL – GAR-Vorstand)

5. Was macht die Konnexität?

Regierung verspricht rasche Änderung der Landesverfassung

Exakt 8 Monate sind seit dem Abschluss der Vereinbarung zwischen den Kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung vom 18.10.2006 über die künftigen Finanzbeziehungen vergangen. Zur Erinnerung: Für den Zeitraum 2007-2010 wurde vereinbart: Die Kommunen und Kreise verzichten jährlich auf 395 Mio. Euro aus dem Finanzausgleich und nehmen einmalig eine Kürzung freiwilliger Förderleistungen des Landes von 10 Mio. Euro hin. Im Gegenzug wird im genannten Zeitraum auf die sog. „Spitzabrechnung“ beim Finanzausgleich verzichtet; der Ministerpräsident sagte zu, in der Landesverfassung ein deutlich verbessertes Konnexitätsprinzip zu verankern, mit dem künftig sichergestellt werden soll, dass übertragene Aufgaben den Kommunen zu 100% finanziell ausgeglichen werden. Die Kommunen haben bereits ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts erbracht, in Sachen Gegenleistung herrscht aber Fehlanzeige. Ein Antrag der grünen Landtagsfraktion hat die Regierung jetzt veranlasst, rasche Erledigung zuzusagen. Wir halten Euch auf dem Laufenden! (Uli Sckerl, MdL - GAR-Vorstand)

6. Genehmigungspraxis bei Bauleitplänen

Die nun vorliegende Antwort auf die Anfrage zur Genehmigungspraxis bei Bauleitplänen zeigt einmal mehr, dass den Sonntagsreden zur Reduzierung des Flächenverbrauchs so gut wie keine Taten folgen. Offenbar gibt es keine Vorgabe, wieweit die von einem Planungsträger prognostizierten Bevölkerungszuwächse von offiziellen Prognosezahlen abweichen dürfen.

Kleine Anfrage „Genehmigungspraxis bei Bauleitplänen“

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1131_D.PDF Pressemitteilung des Umweltministeriums „Flächenverbrauch im Land gestiegen: Natur geht täglich eine Fläche von 14 Fußballfeldern verloren“

www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/33045

Pressemitteilung MdL Splett: „Senkung des Flächenverbrauchs wird nur mit wirksamen Instrumenten gelingen“

www.bawue.gruene-

fraktion.de/cms/default/dok/181/181576.gruene_kritisieren_ankuendigungspolitik.htm

Pressemitteilung MdL Splett zu Flächenverbrauch: „Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ist deren Erforderlichkeit streng zu prüfen“

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Flaechenverbrauch2.pdf

(Gisela Splett, MdL)

7. Einführung des "Begleiteten Fahrens mit 17" verschoben

In allen anderen Bundesländern ist der "Führerschein mit 17" schon eingeführt, nur Baden-Württemberg ziert sich weiterhin. Trotz Zusagen von Ministerpräsident Oettinger und Staatssekretär Köberle, ihn Mitte 2007 einzuführen, wurde nichts unternommen. Wir Grünen haben daraufhin beantragt, dass das "Begleitete Fahren ab 17" noch dieses Jahr eingeführt werden soll. Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde dieser Antrag abgelehnt – u.a. mit dem Ar-

gument, jetzt sollen wir die jugendlichen Fahrer auch noch belohnen, obwohl sie zwischen 18 und 25 so viele Unfälle machen. Wir sind überzeugt, dass unter erfahrener Anleitung ein verantwortlicherer Umgang mit dem Auto geübt wird. Und dabei nicht vergessen: Nur mit dem Auto fahren, wenn es unbedingt sein muß, sonst sind Bahn, Bus und Rad die umweltfreundlichere Lösung. http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1179_D.PDF (Werner Wölfle, MdL)

8. Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum

Wir haben das Land aufgefordert, den vom Bund beabsichtigten Änderungen von StVG, StVO und VwV-StVO zuzustimmen, die das Ziel haben, es den Kommunen zu ermöglichen, Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten. Der Antrag wurde abgelehnt. Car-Sharing ist eine besonders umweltfreundliche Möglichkeit der Nutzung des Verkehrsmittels Auto. Wer als Car-Sharing-Mitglied auf ein eigenes Auto verzichtet, benutzt wesentlich häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel als Halter eigener Fahrzeuge. Die Ausbreitung von Car-Sharing-Angeboten ist deshalb aus klimapolitischen Gründen unbedingt wünschenswert und sollte nicht weiter durch bürokratische Hürden gehemmt werden.

Hier scheint der Karlsruher Weg viel versprechender zu sein: Der Karlsruher Gemeinderat hat bereits im letzten Herbst beschlossen, den Bedarf an Car-Sharing-Plätzen per Sondernutzungserlaubnis zu regeln.

http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1178_D.PDF (Werner Wölfle, MdL)

9. Züge jetzt gestrichen

Der Sommerfahrplan ist nach den Pfingstferien in Kraft getreten. Viele Zugverbindungen sind jetzt gestrichen. Viele Reisende, Pendler oder Schüler müssen sich eine neue Fahrmöglichkeit suchen, nicht wenige werden wieder aufs Auto umgestiegen sein. Wir haben im Frühjahr vehement aber vergeblich gegen die Zugstreichungen protestiert.

Damit die Menschen nicht vergessen, wem sie diese Streichungen zu verdanken haben, haben wir in Stuttgart und in etlichen anderen Kreisverbänden "Trostpflasterchen" verteilt, meist mit guter Resonanz. Die Druckvorlagen sind über mein Büro erhältlich, falls weitere Kreisverbände ebenfalls noch protestieren wollen. (Werner Wölfle, MdL)

10. Neues kommunales Haushaltsrecht: Die Landesregierung muss sich endlich bewegen!

Die geplante Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht hängt in der Luft. Nachdem die Landesregierung bis vor kurzem noch den Umstellungszeitraum auf 2008 datierte, ist inzwischen nur noch wenig Konkretes zu hören: kommt es, kommt es nicht? Wenn es kommt, wann? Und in welcher Form? Wie sehen die Umstellungszeiträume aus? Wird es Wahlmöglichkeiten geben?

Diese Fragen stellen sich viele auf kommunaler Ebene und agieren momentan im luftleeren Raum. Diese Situation haben wir zum Anlass genommen, in einem Antrag die Landesregierung aufzufordern, endlich Klartext zu reden, wann und wie das NKHR kommen soll.

Sobald wir eine Antwort der Landesregierung bekommen haben, werden wir an dieser Stelle darauf hinweisen.

http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_1344.html

(Oswald Metzger, MdL)

11. Alkoholmissbrauch und „Flatrate-Trinken“ bei Jugendlichen

Die Zahlen belegen es: Immer mehr Jugendliche trinken sich „um den Verstand“. Die Zahl der Jugendlichen, die im Krankenhaus alkoholbedingt behandelt wurden sind von 2001 bis 2005 um 65 Prozent gestiegen - von 2.059 auf 3.393 Fälle. Das Land sieht aber keine Notwendigkeit durch eine Änderung des Gaststättengesetzes das so genannte „Flatrate-Trinken“ zu verbieten. Die Landtagsdrucksache und die Pressemitteilung dazu stehen auf der GAR-Internetseite und sind im GAR-Büro erhältlich:

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1386>

(Brigitte Lösch, MdL)

12. Umsetzung der EU-Förderprogramme und partnerschaftliche Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner

In Brüssel wird der Südwesten zum einsamen Schlusslicht. Baden-Württembergs Programm für die Regionalförderung löst bei der EU nur ein Kopfschütteln aus – Verlust von Millionen droht.“ So die Stuttgarter Zeitung vom 11. Juni dieses Jahres. Hintergrund ist, dass Agrarminister Hauk statt eines schlüssigen Konzeptes zur Förderung des ländlichen Raums nur „weitschweifiges allgemeines Geschwafel“ nach Brüssel schickte. Genau dies war der Grund für einen Antrag der Grünen im Landtag zum Thema Umsetzung der EU-Förderprogramme und partnerschaftliche Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung alles ist in bester Ordnung.

Drucksache 14/863 Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner bei der Ausarbeitung der operationellen Programme im Rahmen der Neugestaltung von EU-

Programmen. Dr. Bernd Murschel u.a. Grüne http://www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0863_D.PDF (Bernd Murschel, MdL)

13. Die selbständige Schule in kommunaler Verantwortung

Seit vielen Jahren setzen wir Grünen uns für selbstständige und eigenverantwortliche Schule ein. Andere Länder haben bewiesen, dass die Verlagerung von Verantwortung nach unten zu einer besseren Schulqualität und besseren Leistungen für alle Schülerinnen und Schüler geführt hat. Wir wollen mit der Kommunalisierung der Schulen die Zuständigkeiten zwischen Land, Kreisen, Gemeinden und kreisfreien Städten neu verteilen. Dabei müssen die Kommunen auch das Recht bekommen, die Schulleitungen auf Vorschlag der Schulkonferenz zu wählen und neue integrative Schulmodelle vor Ort zu erproben und umzusetzen. Wir wollen mit diesem Vorstoß die Diskussion mit den kommunalen Landesverbänden, den Kommunen und Eltern beginnen. Mehr dazu auf dem Landesausschuss am 30.6.07

Fraktionspapier siehe GAR Internetseite unter „Selbständige Schule“ <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381> (Renate Rastätter, MdL)